

# Ein landesweites Netz von Bürgerservicebüros

**Funktional-, Verwaltungs- und Gebietsreform - In welche Richtung soll es gehen?**

Ende Januar hat eine von der Thüringer Landesregierung eingesetzte Expertenkommission Funktional- und Gebietsreform einen Bericht mit ihren Vorschlägen vorgelegt. Daraufhin berief Ministerpräsidentin Christine Lieberknecht (CDU) wiederum eine Regierungskommission – interessanterweise ohne Innenminister Jörg Geibert (CDU) –, welche wiederum bis zum Beginn der Sommerpause 2013 ihre Schlussfolgerungen aus dem Expertenbericht präsentieren sollte. Das Vorhaben misslang.

DIE LINKE im Landtag hat die Zeit genutzt und hat die Vorschläge der Expertenkommission mit ihren Konzepten abgeglichen und im Rahmen einer Fraktionssitzung auch per Livestream öffentlich diskutiert.

In seinem Eingangsvortrag erinnerte der Kommunalexperte der Fraktion, Frank Kuschel (s.Foto), an die Beschlusslage der Partei DIE LINKE. In ihrem Masterplan aus dem Jahr 2005 spricht sich diese für einen konsequenten Übergang vom jetzigen dreistufigen zum zweistufigen Verwaltungsaufbau und für das Prinzip der Einräumigkeit aus. Ziel ist es, staatliches Handeln weitgehend zu kommunalisieren und landesweit ein Netz von Bürgerservicebüros zu errichten.

## Landesverwaltungsamt auflösen

Die bislang von Mittelbehörden wahrgenommenen Aufgaben sind vom Grundsatz auf kommunaler Ebene zu realisieren. Die bestehenden Landkreise und kreisfreien Städte sind in Regionalkreise umzuwandeln, welche sich an den vier Planungsregionen orientieren. Flexibel in Abhängigkeit von der Leistungsstärke sind selbstständige Gemeinden mit einer Zielgröße von 5.000 EinwohnerInnen zu bilden. Im

Grundsatz sollen Verwaltungsgemeinschaften in Einheitsgemeinden umgewandelt werden.

Was hat nun der Abgleich mit dem Bericht der Expertenkommission ergeben? Übereinstimmend kommt in fast allen Bereichen eine zentrale Grundkritik zum Ausdruck: Die im Bericht enthaltenen Vorschläge orientieren sich ausschließlich auf einen statistischen Vergleich mit sogenannten „westdeut-



schen Flächenländern“, bei dem die Bevölkerungsanzahl auf das Verhältnis zur Stellenanzahl in Thüringen übertragen wird. Eine differenzierte Aufgabenanalyse hingegen findet nicht statt. Des Weiteren werden in der Regel Vorschläge zur Privatisierung von Aufgaben grundsätzlich abgelehnt.

Zu einigen ausgewählten Themenbereichen: Im Gegensatz zum Bericht fordert DIE LINKE eine Auflösung des Landesverwaltungsamtes und eine weitgehende Kommunalisierung der Aufgaben. Die im Expertenbericht vorgeschlagene Übertragung der Überwachung des fließenden Verkehrs auf die Kommunen wird unterstützt. Hingegen erfährt die vorgeschlagene Privatisierung der Begleitung von Großraum- und Schwerlasttransporten und der

Bewachung von Objekten Ablehnung. Zusätzlich wird hingegen eine Auflösung der kasernierten Bereitschaftspolizei und deren Integration in die Landespolizeiinspektionen und eine Auflösung des Landesamtes für Verfassungsschutz gefordert. Diskutiert werden muss, ob eine Kommunalisierung der Kontaktbereichsbeamtinnen und -beamten künftig erfolgen soll.

## Transparente Diskussion

Unterstützung findet der Vorschlag des Expertenberichts, dass das Thüringer Landesrechnungszentrum bei der Bearbeitung von Steuerdaten mit anderen Ländern zusammenarbeiten soll. Das gilt auch für die vorgeschlagene Überführung des Thüringer Liegenschaftsmanagement in einen Landesbetrieb Bau und Liegenschaften. Die Einzugsbereiche der Finanzämter wie auch der Amtsgerichtsbezirke haben sich künftig an den neuen Strukturen der allgemeinen Verwaltung zu orientieren.

Zentraler Klärungs- und Diskussionsbedarf zeichnet sich in der Fraktion DIE LINKE bei der Frage ab, wo künftig die Aufgaben der Schulämter angesiedelt werden sollen. Zudem liegen unterschiedliche Vorschläge zur Neustrukturierung der Bereiche Landwirtschaft, Umwelt und Forst vor.

Die Diskussion dazu wird nunmehr in den nächsten Wochen geführt, um spätestens im Herbst Entscheidungen zu treffen. Im Gegensatz zur Landesregierung und Koalition führt die Fraktion DIE LINKE ihre Diskussion zur Funktional-, Verwaltungs- und Gebietsreform transparent und öffentlich und hat ihre Eckpunkte schon vor längerer Zeit auf den Tisch gelegt.

Matthias Gärtner

## VON A BIS Z:

### Oberhof

Zum Vorstoß des Oberhofer Bürgermeister Thomas Suhl für ein Zusammengehen mit Suhl: sagte MdL Ina Leukefeld: „Er weist durchaus in die richtige Richtung, denn es muss darum gehen, die Zentrumsfunktion der Region Südthüringen zu stärken.“ Jedoch blende der Vorschlag die Nachbarstadt Zella-Mehlis aus, „aber es muss um Kooperation statt Konfrontation gehen, an Zella-Mehlis darf der Prozess nicht vorbei gehen“. Auch seien Suhl und Zella-Mehlis als Doppelstadt Mittelzentrum mit Teilfunktion eines Oberzentrums. Das zwingt zu einer gemeinsamen Regionalentwicklung. Dies sei auch „als Chance und Auftrag an die Kommunalpolitik, insbesondere an die Stadtoberhäupter, zu sehen“, betonte die LINKE-Abgeordnete.

Festzustellen bleibe zudem, dass Oberhof derzeit keine gemeinsame Grenze mit Suhl hat, was aktuell einen Zusammenschluss gesetzlich gar nicht zulässt. Deshalb gebe es erheblichen Klärungsbedarf mit dem Landkreis Schmalkalden/Meiningen. Als Konsequenz stünde wahrscheinlich die Auflösung der Kreisfreiheit von Suhl, was jedoch die Bereitschaft voraussetzen würde, eine Einkreisung in den Landkreis Schmalkalden-Meiningen vorzunehmen. Dabei sollte auch erneut die Debatte zur Zukunft von Benshausen diskutiert werden, die Ina Leukefeld in einer Großen kreisangehörigen Stadt Suhl, Zella-Mehlis, Oberhof, Benshausen sieht. All dies müsse öffentlich und ehrlich diskutiert werden. ■

## WICHTIGE TERMINE

### Landtagssitzungen:

Die nächsten Plenarsitzungen des Thüringer Landtags nach der parlamentarischen Sommerpause finden in der Zeit vom 18. bis 20. September statt.

### Bürgerfest:

Der Thüringer Landtag lädt in diesem Jahr statt zu dem üblichen Tag der offenen Tür zu einem Bürgerfest ein. Dieses findet am Samstag, den 14. September, im und vor dem Landtag in Erfurt statt. Die LINKE hält ein vielfältiges Informationsangebot bereit.

**Weitere aktuelle Informationen zur Arbeit der Linksfraktion im Thüringer Landtag:**

[www.die-linke-thl.de](http://www.die-linke-thl.de)

## Behindertenbericht

Mit Blick auf den Tätigkeitsbericht des Landes-Behindertenbeauftragten, Dr. Paul Brockhausen, kritisierte MdL Karola Stange, dass dieser immer noch nicht die Möglichkeit habe, den Bericht auch dem Landtag vorzustellen. Die Linksfraktion hat bereits mit einem Gesetzentwurf gefordert, die Rechte des Behindertenbeauftragten zu stärken. „Es ist notwendig, dass die Abgeordneten über den Bericht diskutieren können und dass die Landesregierung dazu eine Stellungnahme abgibt und Schlussfolgerungen gezogen werden. Die Arbeit des Beauftragten für Menschen mit Behinderungen stellt eine wichtige Querschnittsaufgabe dar und benötigt eine herausragende Stellung“, betonte die Abgeordnete. ■

## Kinderschutz

Künftig sollen die Gesundheitsämter informiert werden, wenn Kinder nicht an den Früherkennungsuntersuchungen teilnehmen. Diese haben sich dann um die Gründe zu kümmern und herauszufinden, ob eine mögliche Kindeswohlgefährdung vorliegt und sie doch noch das Jugendamt einschalten müssen. „Da es sich dabei um medizinische Untersuchungen handelt, scheint dieser Weg zunächst naheliegend“, sagte Matthias Bärwolff, Sozialpolitiker der Linksfraktion, mit Blick auf die Ankündigung der Landesregierung. „Fraglich bleibt jedoch, ob die Gesundheitsämter ausreichend Personal haben und die nötigen Fachkenntnisse, um Anzeichen für Kindeswohlgefährdung besser erkennen zu können.“ ■

## Bahnmitarbeiter

„Jetzt zeigt sich die Kehrseite des Wettbewerbs auf der Schiene am Beispiel der DB Regio Südost: Lohn- und Arbeitsplatzwechsel bei Mitarbeitern sowie eine kleinkarierte Infrastrukturplanung durch die ausschreibende Landesregierung“, so die verkehrspolitische Sprecherin der LINKEN, Dr. Gudrun Lukin, mit Verweis auf die Ankündigung der Bahn-Tochter, 900 Stellen zu streichen. Es gebe weder eine Verpflichtung des Unternehmens, das die Ausschreibung gewonnen hat, vorrangig die Mitarbeiter des bisher auf dieser Strecke tätigen Bahnunternehmens zu gleichen Konditionen zu übernehmen, noch die Garantie, dass die vorhandene, oftmals neuwertige Infrastruktur vom Ausschreibungsgewinner weiter genutzt werden soll. ■